



Presseinformation

Nr. 287/2004

Kiel, Donnerstag, 26. August 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Unterrichtssituation

Ekkehard Klug: „Landesregierung benachteiligt die schwächsten Schüler“

In seinem Redebeitrag zu **TOP 31** – Unterrichtssituation im Schuljahr 2003/04 (Drucksache 15/3558) – erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Auch im letzten Schuljahr ist die Zahl der Schüler, außer bei den Grundschulen, noch weiter gestiegen. Die Unterrichtsversorgung ist daher nach wie vor in manchen Bereichen unzulänglich.

Die Daten, die die Landesregierung zum letzten Schuljahr vorgelegt hat, zeigen dies deutlich, obwohl die Regierung naturgemäß bemüht ist, die Situation in den schönsten Farben zu schildern.

Ihr eigener Bericht dokumentiert auf Seite 17 ein anderes Bild: Obwohl die Schulen insgesamt mehr Lehrerstellen erhielten, gibt es zwei Schularten, in denen tatsächlich gegenüber dem Vorjahr weniger Unterrichtsstunden erteilt worden sind: die Hauptschulen und die Förderschulen.

Fakt ist also: Rot-Grün setzt in Schleswig-Holstein die langjährige Politik der Benachteiligung lernschwächerer Schüler weiter fort. Dies ist nichts anderes als Bildungsverweigerung zu Lasten jener Schüler, die in besonderer Weise Förderung brauchen.

Und diese Entwicklung schreitet voran, obwohl die Zahl der Hauptschüler im Berichtszeitraum um 1,1% gestiegen ist (S.5 des Berichts!). Mehr Hauptschüler erhielten weniger Unterricht: Das ist die Realität in einem Land, dessen Regierung von sich selbst immer wieder behauptet, sie setze sich für die Schwächeren in unserer Gesellschaft und sie wolle deren Bildungschancen verbessern. Mehr als Lippenbekenntnisse sind das nicht, wenn man die schulische Wirklichkeit zur Kenntnis nimmt.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Nach der kürzlich veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung erreicht in Schleswig-Holstein jeder zehnte junge Mensch keinen Schulabschluss - ein deutlich höherer Anteil als im Bundesdurchschnitt.

Was tut die Landesregierung, um diesen Missstand zu beseitigen?

Nichts!

Erst vor wenigen Monaten hat das Bildungsministerium zur Abwehr der Volksinitiative, die sich für verbindliche Stundentafeln eingesetzt hat, ihren bildungspolitischen Offenbarungseid geleistet: Für eine Unterrichtsversorgung auf dem Niveau des Bundesdurchschnitts fehlen den Hauptschulen in Schleswig-Holstein 342 Lehrerstellen. Keine andere Schulart wird in diesem Land von der Regierung so schäbig behandelt wie die Hauptschulen.

Im letzten Schuljahr (2003/04) sind zwar 72 zusätzliche Stellen für Grund- und Hauptschullehrer bereitgestellt worden - aber wie viele davon gingen in den Hauptschulbereich? Sehr wahrscheinlich ist der Stellenzuwachs vollständig oder sehr weitgehend für den Aufbau der „Verlässlichen Grundschule“ verbraucht worden - anders ließe der im Bericht dokumentierte Rückgang der an Hauptschulen erteilten Unterrichtsstunden nicht erklären.

Im neuen Schuljahr dürfte sich dies bei den fünfzig zusätzlich verfügbaren Stellen für Grund- und Hauptschullehrer ähnlich darstellen. Anders ist nicht zu erklären, weshalb die Ministerin in ihrer Pressemitteilung vom 12. August zur „Weiterentwicklung der Hauptschule“ mit keiner Silbe erwähnt, wie viele Lehrerstellen der Hauptschulbereich zur Realisierung der von ihr vorgestellten Maßnahmen erhalten soll. Bedenkt man, dass an den Hauptschulen auch im neuen Schuljahr wieder 1,3% mehr Schüler zu unterrichten sind - diese Zahl nannte das Bildungsministerium in seiner Pressemitteilung zum Schuljahresbeginn - , so kann es dort sogar zu einer weiteren Verschlechterung der Unterrichtssituation kommen.

Mit Blick auf die Besetzung verfügbarer Stellen für Lehrer und Lehramtsanwärter stellt sich die Frage: Erhalten die Schulen tatsächlich immer das Personal, das sie benötigen? Dies betrifft zum einen – quer über alle Schularten - die Lehrerversorgung in Mangelfächern. Alle Informationen, die dazu aus den Schulen selbst an die Öffentlichkeit und an uns Abgeordnete gelangen, zeigen hier eher ein kritisches Bild. Unsere Schulen brauchen einen **Einstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern**, wenn die Breite und Qualität des Unterrichtsangebots gesichert werden soll.

Ich teile auch die Auffassung des Schulleiterverbandes, dass in der Kapazitätsverordnung, die den Zugang zu Stellen im Vorbereitungsdienst regelt, der konkrete Bedarf der jeweiligen Schule stärker berücksichtigt werden muss. Der Schulleiterverband hat dies am 7. Mai d.J. in einem Schreiben an das Ministerium angemahnt. Konkret ist dabei insbesondere der im Grund- und Hauptschulbereich bestehende Bedarf an Sonderpädagogen anzusprechen. Zumindest jene Schulen, die an sozialen und pädagogischen „Brennpunkten“ liegen, brauchen dauerhaft Speziallehrkräfte, etwa Sonderpädagogen

mit den Fachrichtungen „Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung“ oder „Verhaltensgestörtenpädagogik“.

Jene Schulstandorte, die hier mit besonders großen Problemen zu tun haben, brauchen dauerhaft eine personelle Verstärkung durch solche Speziallehrer und nicht nur eine partielle Unterstützung durch „reisende Sonderpädagogen“.

Für ein gutes Unterrichtsangebot zu sorgen, bleibt die zentrale Aufgabe der Schulpolitik. Die Politik ist dabei freilich auch auf die Unterstützung der Gesellschaft angewiesen. Eltern können ihre eigene Verantwortung für Erziehung und Bildung ihrer Kinder nicht auf die Institution Schule abwälzen. Eine in diesem Jahr von ARD und ZDF veröffentlichte Studie nennt eine bemerkenswerte – und eigentlich erschreckende – Zahl: etwa 39 Prozent der 6- bis 13-jährigen Kinder verfügen heute über ein eigenes Fernsehgerät. 1990 waren es – nach einer damals durchgeführten Erhebung – nur 19 Prozent. Fernsehen mag, in Maßen und in vernünftiger Auswahl konsumiert, ja durchaus der Bildung förderlich sein, aber der eigene Fernsehapparat im Kinderzimmer ist doch eher problematisch.

So müssen die Schulen ihre Bildungsaufgabe heute unter Rahmenbedingungen erfüllen, die ihre Arbeit schwieriger machen, als dies vor zehn oder zwanzig Jahren der Fall gewesen ist.

Unter diesen Umständen leisten viele Schulen gute Arbeit; das gilt es anzuerkennen!

Am Eutiner Johann-Heinrich-Voß-Gymnasium hat ein Mathematiklehrer kürzlich seine Fünftklässler Abituraufgaben aus Finnland schreiben lassen, und siehe da – 23 von 26 Schülern lösten die Aufgaben vollständig.

Damit solche Beispiele erfolgreicher Pädagogik künftig noch häufiger zu registrieren sind, muss neben der Quantität auch die Qualität des Unterrichtsangebots weiterentwickelt werden. Wesentlichen Anteil daran haben eine gute Fachdidaktik und ein Unterrichtsangebot, das künftig mehr Schüler auch für jene Fächer begeistert, die in letzter Zeit eher vernachlässigt worden sind. Dass gegenwärtig mangels Interesse der Schüler nur noch ein einziges der Lübecker Gymnasien einen Chemie-Leistungskurs anbietet, verdeutlicht einen dieser Problembereiche. An den weiterführenden Schulen sollten die Naturwissenschaften Physik und Chemie, natürlich auf der Grundlage eines altersgerechten didaktischen Konzepts, früher angeboten werden, als dies nach den geltenden Stundentafeln vorgesehen ist. Vorbildlich ist das Projekt, das im letzten Schuljahr am Flensburger Förde-Gymnasium begonnen wurde: Dort haben bereits die Sechstklässler Unterricht in Physik und Chemie erhalten.

Die entscheidende Voraussetzung für solche innovativen Unterrichtsangebote ist das Vorhandensein einer ausreichenden Zahl von Fachlehrern. Auch deshalb brauchen wir für die Schulen einen Einstellungskorridor, der auf Mangelfächer ausgerichtet ist.“